



OSNABRÜCKER  
ZEITUNG

Internetlösungen  
für Unternehmer



gestrige ausgabe | ihre zeitung | kontakt | sitemap | detailsuche | schnellsuche:

archiv

Information

Archiv

.

Unterhaltung

- Bilder-Galerie
- Virtueller Rundgang
- DVD Spezial
- Alltagsräger
- Chat und Foren
- Gästebuch
- WebCam
- Link Spezial
- Link Tipp

Service

- Anzeigen
- Online-Werbung
- Parken in Osnabrück
- Wann Wo Was
- Abo-Service
- Tipp des Tages
- Notdienst
- Hotelbuchung
- Firmen im Internet
- Vereine
- Lotto und Oddset
- Radarmessung
- Mitfahrzentrale
- Recht / Urteile
- Newsletter
- Branchenbuch
- Internet ABC
- Impressum

22.06.2001  
Meinungen

Scharping sagt Strahlenopfern Entschädigung zu Rudolf der Großherzige

Von Christoph Reisinger

Fürsorge für seine Soldaten gehört zu den Grundpflichten des militärischen Vorgesetzten. Die nimmt Verteidigungsminister Rudolf Scharping zumindest beim Thema Strahlenschutz ernst. Erst die Einsetzung der Sommer-Kommission, jetzt die Ankündigung, Leukämie-Opfer, die durch die Arbeit mit Radargeräten der Bundeswehr erkrankten, „großherzig“ zu entschädigen - das macht Eindruck.

Endlich. Zum Politikum wurde die Sache schließlich dadurch, dass die Bundeswehr bis zuletzt im Umgang mit den Strahlengeschädigten eine äußerst problematische Figur gemacht hat: Verschleppen, Abstreiten, Ausflüchte gegenüber Menschen, die ein wahrhaft grausames Schicksal erleiden. Mit dem Versprechen, dass damit Schluss sei, gewinnt Scharping politisch die Initiative zurück.

Die Attitüde als Rudolf der Großherzige dürfte er sich in diesem Fall umso leichter zugelegt haben, als die Vorgänge rund um das Radarstrahlen-Problem in die Verantwortung seiner Vor-Vorgänger gehören. Ein kluger Schachzug Scharpings war es, die Sommer-Kommission damit zu beauftragen, nicht nur die Radargeschichte, sondern mithilfe internationaler Gutachter zugleich den Umgang der Bundeswehr mit möglichen Gefahren durch Asbest in Kasernen und Schiffen sowie durch Uran-Munition auf dem Balkan zu durchleuchten. Das Ergebnis heißt: Entwarnung.

Von den Gerüchten um die angebliche Schädigung von Bundeswehrsoldaten durch die Reste solcher Munition hatte sich Scharping vor einem halben Jahr total in die Defensive drängen lassen. Und bei denselben Medien, die jene Uran-Hysterie geschürt hatten, obwohl an der Sache erkennbar nie etwas dran war, stand das Thema Asbest wohl schon als nächste Sau bereit, die auf Kosten des Verteidigungsministers durchs Dorf getrieben werden sollte. Daraus wird nun nichts mehr: Vorteil Scharping.

Würde der Minister bei der Ausgestaltung seiner Bundeswehrreform ebenso viel taktisches Geschick und solchen Hang zur Fürsorge zeigen, so wäre den Streitkräften viel geholfen - und letztlich auch denen, die sie finanzieren.





Copyright © 1999, 2000, 2001 Neue Osnabrücker Zeitung  
Powered by ® NPS4  
Gestaltung © d17